Beschlussvorlage

Bereich | Amt
OV Karsau

Verfasser/in
Steinke, Ramona

Vorlagen-Nr.
KSU/11/2019

Aktenzeichen

Anlagedatum
24.06.2019

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Ortschaftsrat Karsau	27.06.2019	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Feststellung von Hinderungsgründen für den Eintritt in den Ortschaftsrat

Beschlussvorschlag

Nachdem dem Ortschaftsrat keine Hinderungsgründe bekannt sind, stellt er fest, dass bei keiner/keinem der am 26.05.2019 in den Ortschaftsrat des Stadtteils Karsau gewählten Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte ein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Ortschaftsrat gegeben ist.

Anlagen

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

ja, in Höhe von Betrag Euro nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro nein

Erläuterung:

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

ja nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

ja nein

unter

Kostenstelle Name der Kostenstelle

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

ja nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

ja nein

Erläuterung

3. Nachhaltigkeits-Check

ja, vergleiche Anlage nicht erforderlich

Erläuterungen

Das Regierungspräsidium Freiburg hat die am 26.05.2019 durchgeführte Wahl des Ortschaftsrates des Stadtteils Karsau mit Wahlprüfbescheid vom 17.06.2019 für gültig erklärt. Damit sind die Voraussetzungen für den Amtsantritt der Gewählten gegeben; die Amtszeit der bisherigen Ortschaftsräte endet mit Ablauf des Monats Mai 2019. Bis zum Zusammentreten des neu gebildeten Ortschaftsrates führt der bisherige Ortschaftsrat die Geschäfte weiter.

Nach § 29 Abs. 5 in Verbindung mit § 72 der Gemeindeordnung (GemO) stellt der Ortschaftsrat fest, ob bei einem/einer der Gewählten ein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Ortschaftsrat gegeben ist. Nach regelmäßigen Wahlen erfolgt die Feststellung vor der Einberufung der ersten Sitzung des neu gewählten Ortschaftsrates.

Inzwischen haben sämtliche Gewählten gegenüber der Stadtverwaltung die Annahme ihrer Wahl erklärt und außerdem versichert, dass bei ihnen keine Hinderungsgründe für den Eintritt in den Ortschaftsrat vorliegen.